



Aktenzeichen	Datum		
KRP-9638	14.11.2022		

Abteilung/Sachgebiet	Sachbearbeiter		
Kreisrechnungsprüfung	Herr Reimann		

Beratung	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Rechnungsprüfungsausschuss	08.11.2022	nicht öffentlich	Vorberatung
Kreistag	16.12.2022	öffentlich	Entscheidung

Betreff

**Eigenbetrieb Klinikum Garmisch-Partenkirchen;
Entlastung des Jahresabschlusses 2021**

Anlagen:

Auszug aus der Niederschrift RPA-Sitzung vom 08.11.2022 Feststellung und Entlastung EB
Jahresgewinn lt. GuV-Rechnung und Verwendung Eigenbetrieb Klinikum
Prüfungsbericht Jahresabschluss 2021 Eigenbetrieb Klinikum
Anlagen zum Prüfbericht Jahresabschluss Eigenbetrieb Klinikum 2021

Vorschlag zum Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Erteilung der Entlastung für den Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebs Klinikum gemäß Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKrO).

I. Grund (Anlass) der Behandlung

Das Kreisrechnungsprüfungsamt hat die gesetzlich vorgeschriebene örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbetriebs Klinikum zeitgerecht durchgeführt. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 08.11.2022 die örtliche Prüfung dieses Jahresabschlusses beschlussmäßig abgeschlossen und die Empfehlung an den Kreistag abgegeben, die Erteilung der Entlastung zu beschließen. Die Mitglieder des Kreistags können gemäß Art. 88 Abs. 4 LKrO jederzeit die Berichte über die Prüfungen im Kreisrechnungsprüfungsamt einsehen.

II. Sach- und Rechtslage

Der Kreistag stellt nach Durchführung der *örtlichen* Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten alsbald, jedoch in der Regel bis zum 30.06. des auf das Haushaltsjahr folgenden übernächsten Jahres die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung fest und beschließt über die Entlastung (Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung). Die Beschlüsse über die Feststellung und Entlastung des Jahresabschlusses setzt die vorherige Durchführung einer *überörtlichen* Prüfung *nicht* voraus. Diese können daher unabhängig vom Stand und den Ergebnissen der überörtlichen Prüfung erfolgen.

Mit der Entlastung wird zum Ausdruck gebracht, dass der Kreistag mit der Abwicklung der Finanzwirtschaft im betreffenden Haushaltsjahr einverstanden ist, seine Ergebnisse billigt und auf haushaltsrechtliche Einwendungen verzichtet.

Ein Verzicht auf Schadensersatzansprüche ist mit Erteilung der Entlastung nicht verbunden. Ebenso wenig macht dieser die überörtliche Prüfung und das Abarbeiten ihrer Feststellungen entbehrlich.

III. Zuständigkeit/Vorbehandlung in Ausschüssen

Für die Beschlussfassung über die Feststellung und Entlastung ist nach Art. 30 Nr. 16 LKrO und § 29 Abs. 1 GeschO KT der Kreistag zuständig. Die Vorlage des Geschäftsberichts mit dem Jahresabschluss 2021 an den Kreisausschuss erfolgte in der Sitzung am 05.07.2022. Die Vorberatung durch den Rechnungsprüfungsausschuss als Fachausschuss erfolgte am 08.11.2022 gemäß § 30 Abs. 2 Satz 2, § 35 Abs. 2 GeschO KT.